Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 96. | Dresden, Freitag den 26. April 1912. | 23. Jahrg.

Schluß der ersten Lesung der Wehrvorlagen.

Die erste Lesung der Wehrvorlagen hat gestern im Reichstage nach viertägiger Dauer ihr Ende gefunden. Während die Heer- und Marinevorlagen an die Budgetkommission verwiesen wurden, ist durch Auszählung mit 160 gegen 158 Stimmen, die gesamte Linke gegen die gesamte Rechte, beschlossen worden, den Gesetzentwurf betr. Aufhebung der Branntwein-Liebesgabe in einer besonderen Kommission von 28 Mitgliedern zu behandeln. Damit wird erreicht, daß diese Frage von den Spiritussachleuten eingehend erörtert und auch die Frage einer anderen Finanzreform aufgerollt wird. Vor dem Herbst dürfte diese Kommission ihre Arbeiten nicht beendet haben, auch wenn sie mehrere Wochen im Sommer tagen sollte. Jedenfalls wird in ihr auch erörtert werden, was auch die Sozialdemokraten verlangen, eine Anzahl drückender indirekter Steuern aufzuheben und dafür eine Erbschaftssteuer einzuführen, damit die neuen Heereslasten von den besitzenden Kreisen getragen werden und diese Gelegenheit haben, ihren Patriotismus zu betätigen.

Ueber die Wehrvorlagen selbst ist am letzten Tage wenig mehr gesagt worden. Der Abg. Haußmann von der Fortschrittlichen Volkspartei beschäftigte sich im wesentlichen mit den Fragen, die er bereits in der süddeutschen Zeitschrift März behandelt hat. Er geißelte das chauvinistische Treiben, die Kriegshetze und stellte fest, daß das deutsche Volk ein starkes Friedensbedürfnis habe. Herr von Tirpitz hielt es darauf nochmals für nötig, sich gegenüber den Feststellungen Haußmanns dagegen zu verwahren, daß das Preßbureau des Reichsmarineamts an den Hetzereien gegen England beteiligt sei. Und der preußische Kriegsminister von Heeringen erhob sich wieder, um „nur zwei Worte" zu sagen auf die von Haußmann geübte Kritik an der Maßregelung des Professors Dr. Czerny. Herr von Heeringen erntete diesmal zwar keinen Sturm der Entrüstung, wie am Mittwoch, wohl aber — eine stürmische Heiterkeit. Denn er „stellte fest", daß Dr. Czerny gar nicht gemaßregelt worden sei, sondern — um seine Entlassung wegen hohen Alters und Kränklichkeit nachgesucht habe, nachdem eine Untersuchung der Sache veranstaltet war! Die orientalischen Despoten haben ihre Minister, die in Ungnade gefallen waren, auch nicht umgebracht: sie haben ihnen bekanntlich „nur" eine seidene Schnur geschickt, damit sie sich selbst aufhängen! In einer ähnlichen Form werden unbequeme Offiziere und hohe Beamte auch heute beiseite geschoben.

Als freiwilliger Regierungsvertreter trat dann noch der Reichsverbandsgeneral von Liebert in die Schranken, um mit Bedauern festzustellen, daß das meiste, was er habe sagen wollen, ihm von Erzberger vorweg genommen worden sei und um dann „nachzuweisen", daß das, was die Regierung fordere, noch zu wenig sei. Ein erhebliches agrarisches Bekenntnis legte der Welfe Colshorn — ein Rittergutsbesitzer — ab, indem er erklärte, er und seine Parteifreunde könnten nicht für die Wehrvorlagen stimmen, sobald mit diesen eine Erbschaftssteuer verbunden würde. So denkt sicher die gesamte Rechte — nur sagen es die anderen Agrarier nicht so offen!

Auf die Höhe kam die Debatte erst mit der glänzenden sachverständigen Rede unseres Genossen Wurm über die Deckungsfrage. Der ganze Verlauf unserer Steuerentwicklung zeige, sagte er, wie recht Lassalle hatte, als er bereits im Jahre 1862 auf den Gegensatz zwischen den Herrschenden und den Beherrschten hinwies, als er prophezeite, daß die Herrschenden alle Lasten auf die Beherrschten legen werden. So werden auch heute von dem herrschenden Bürgertum alle Lasten auf das beherrschte Proletariat abgewälzt. Mit der Aufhebung der Liebesgabe wird an diesem Zustand nichts geändert. Das Branntweingesetz habe nie den Zweck gehabt, der Landwirtschaft zu nützen oder zu helfen. Denn von 5¾ Millionen landwirtschaftlicher Betriebe haben ja nur insgesamt 18 930 eine Brennerei. Graf Posadowsky habe selbst früher einmal in einem Privatgespräch die Liebesgabe damit begründet, daß sie nötig sei, damit die ostpreußischen Junker ihren Söhnen, die als Leutnants dienen, entsprechende Zuschüsse geben könnten. Diese Großgrundbesitzer haben im letzten Jahre 46 Millionen Mark Liebesgaben erhalten. Wenn aber jetzt diese Liebesgabe beseitigt werde ohne daß auch das Gesetz andere Aenderungen erfahre, werde an der Ausplünderung der Branntweintrinker, der ärmsten Volksmassen, durch die Schnapsbrenner nichts geändert. Denn das ganze Gesetz sei 1909 so gestaltet worden, daß die Spirituszentrale die Preise nach Belieben gestalten könnte. Die Spirituszentrale habe selbst der Regierung den vorliegenden Entwurf in die Feder diktiert, weil deren Leiter wissen, daß sie die 36 Millionen aus anderen Taschen wieder hereinholen können, aber mit diesem Manöver eine Erbschaftssteuer abwehren können. Der müsse sehr dumm sein, meinte Wurm mit Recht, der da glaube, daß die Agrarier auf einen Vorteil verzichten. Redner verlangte die Herabsetzung der Branntweinsteuer auf 105 M., wodurch die Liebesgabe auf einfache Art beseitigt werde, eine gründliche Reform des ganzen Gesetzes, um die kleinen Brenner in Sachsen usw. vor Schaden zu bewahren; aber in letzter Linie verlange er auch überhaupt eine Aufhebung der indirekten Steuern, an deren Stelle direkte treten müßten. Seien augenblicklich Ueberschüsse vorhanden, wie der Reichsschatzsekretär Kühn behaupte, dann müßten diese zu den dringendsten sozialpolitischen Aufgaben verwendet werden: zur Herabsetzung der Altersgrenze der Altersrenter vom 70. auf das 65. Lebensjahr, für eine Versorgung der Veteranen usw. Wurm hat ausgerechnet, daß wenn ein Soldat täglich ein Glas Bier trinkt und eine Zigarre raucht, die Löhnung von 8 Pf. pro Tag gerade dazu ausreicht, die Steuern zu zahlen, die auf diesen Genußmitteln ruhen!

Die Ausführungen Wurms machten großen Eindruck und zeigten, nach welcher Richtung hin die sozialdemokratischen Abgeordneten in der Deckungskommission vorzugehen gedenken. Von den folgenden Rednern, dem Fortschrittler Schweickhardt, dem Nationalliberalen Götting und dem Grafen Posadowsky, gelang es nur dem letzteren, noch das Ohr des Hauses zu gewinnen. Und Herrn Spahn, der eine Erklärung des Zentrums verlas, die aus religiösen und rechtlichen Gründen gegen die Aeußerungen des Kriegsministers am Mittwoch abend protestiert. Der Kriegsminister habe mit dieser Aeußerung sich und das ganze Offizierkorps außerhalb des Gesetzes gestellt. Was der Reichstag mit einer stürmischen Zustimmung bestätigte.

Das Weitere will das Zentrum in der Budgetkommission unternehmen. Bereits verkündet aber die Germania, daß das Zentrum mit Heeringen nicht mehr arbeiten will und seine Beseitigung verlangt. „Die Zentrumspartei würde alle ihre religiösen Prinzipien verleugnen, ihr rechtliches Empfinden gänzlich beiseite schieben, wenn sie mit einem Minister sich seiner einlassen wollte, der derartige Tendenzen vertritt."

Herr v. Heeringen hat nun aber im Reichstage gar nichts anderes getan, als das gesagt, was in der Kabinettsorder des Kaisers steht! Und was alle bisherigen Kriegsminister vertreten haben, mit denen das Zentrum stets zusammengearbeitet hat. Gegen den Duellmord sind bisher die Sozialdemokraten am schärfsten vorgegangen, ohne in den Reihen der anderen Parteien die genügende Unterstützung zu finden. Daß das Zentrum diese Duellangelegenheit bereits bei den Wehrvorlagen und nicht erst beim allgemeinen Militäretat vorgebracht hat, ist ein demagogischer Kniff. Aber wenn es jetzt fest bliebe — und mit ihm andere bürgerliche Parteien — könnte dieser Teil der Klassenjustiz und Gesetzesmißachtung beseitigt werden. Und andere dringende Reformen könnten zur Durchführung kommen — aber nichts wird von alledem geschehen: die Wehrvorlagen werden angenommen, der Duellzwang und das ganze preußische, junkerliche Heeressystem werden bleiben und die Sozialdemokratie wird zeigen, daß sie für dieses System nicht zu haben ist!

Krankheit und soziale Lage.

Auch die meisten Krankheiten haben, worüber die Wissenschaft nicht mehr im Zweifel ist, ihre Ursachen in den sozialen Verhältnissen, sind soziale Erscheinungen, die durch entsprechende soziale Maßnahmen entweder gänzlich beseitigt, oder auf ein sehr geringes Maß beschränkt werden können. Gewiß ist die Gesundheit wertvoller als Reichtum; aber es bedarf eines gewissen Grades von Wohlstand, um bei den heutigen Lebensbedingungen überhaupt gesund sein zu können. Der stärkste Krankheitserreger ist die Armut und die damit verknüpften Uebel: schlechte Ernährung, ungesunde Wohnung, übermäßige Arbeit, mangelhafte Körperpflege, enges Zusammenleben und anderes mehr. Aber nicht nur aus der wirtschaftlichen Lage des einzelnen, sondern auch aus den mangelhaften oder verkehrten gesellschaftlichen Einrichtungen entstehen viele Krankheiten. „Eine vernünftige Staatsverfassung muß das Recht des einzelnen auf eine gesundheitsgemäße Existenz unzweifelhaft feststellen," sagte Virchow bereits im Jahre 1845. Heute ist dieses Recht noch nicht anerkannt, aber es bricht sich Bahn. Staat und Gemeinde werden immer mehr zu Maßnahmen gedrängt, welche diesem Rechtsanspruch Geltung verschaffen und die zugleich dokumentieren, daß der Kampf gegen die Krankheiten im wesentlichen sich auf dem Gebiete der Sozialpolitik abspielt. Die Hygiene-Ausstellung in Dresden war ein Dokument für das Wachstum dieser Erkenntnis, aus der heraus soeben auch ein hochinteressantes Werk erschienen ist, bearbeitet von den ersten Autoritäten, und das sich zur Aufgabe macht, den Zusammenhang zwischen Krankheit und sozialer Lage darzustellen und die Wege zur Abhilfe zu zeigen.*

* Krankheit und soziale Lage. Herausgegeben von Prof. Dr. M. Mosse und Dr. med. G. Tugendreich. J. F. Lehmanns Verlag, München 1912. 1. Lieferung. Das Werk erscheint in 3 Lieferungen à 6 M.

Die Statistiker kamen zuerst zu der Ueberzeugung, daß ein Zusammenhang zwischen den sozialen Zuständen und den Krankheiten bestehe. In Deutschland wies bereits im Jahre 1839 J. G. Hoffmann, der damalige Direktor des Statistischen Bureaus zu Berlin, auf die wichtige Rolle hin, die Wohlstand und Bildung auf das leibliche und geistige Wohlbefinden eines Volkes ausüben. Zu den bedeutendsten Untersuchungen der Neuzeit zählen die Arbeiten des ehemaligen Budapester Statistikers Körösi, der in seinen statistischen Berichten stets eingehend die soziale Gliederung der Gestorbenen berücksichtigt hat. Den Einfluß der Wohlhabenheit auf die Todesursachen zeigte Körösi durch folgende Tabelle:

Todesursache	Alter	Wohlhabenheitsklasse in Prozenten: Reiche	Mittelklasse	Arme	Zusammen
Sämtliche Krankheiten	0—5 Jahre	0,84	11,04	88,62	100
	über 5 Jahre	1,19	15,04	83,77	100
	zusammen	0,77	13,07	86,16	100
Hiervon infektiöse Krankheiten	0—5 Jahre	0,68	15,37	84,00	100
	über 5 Jahre	0,67	14,98	85,35	100
	zusammen	0,64	14,89	84,47	100
Bleiben nichtinfektiöse Krankheiten	0—5 Jahre	0,29	10,22	89,49	100
	über 5 Jahre	1,26	15,14	83,61	100
	zusammen	0,79	12,81	86,40	100

Diese Zahlen sprechen eine so deutliche Sprache, daß sie keiner weiteren Erläuterung bedürfen. Heute zeigen zahlreiche Statistiker den Zusammenhang zwischen der Sterblichkeit und dem Wohnwesen, dem Einkommen usw.

Der größte Teil aller Menschen kommt gesund auf die Welt, sagen die Herausgeber des vorliegenden Werkes in der Einleitung, das proletarische Neugeborene unterscheidet sich nicht vom reichen, und ebensowenig der proletarische Säugling, solange er die natürliche Nahrung an der Mutterbrust genießt. Der Unterschied beginnt, wo die Kultur anfängt einzuwirken. Der Nachweis der engen Beziehungen zwischen Armut und Krankheit bedeutet aber eine schwere Anklage gegen die heutige „Kultur", gegen die Gesellschaft. Die Armut verurteilt den größten Teil der zivilisierten Menschheit zu einer unhygienischen Lebensweise mit ihren tödlichen Folgen. Das ist jetzt eine gesicherte, klare Erkenntnis.

Ein Ueberblick über die Wohnungshygiene zeigt, daß ein hygienisch mangelhaftes Wohnen einen außerordentlich krankmachenden Einfluß auf den Organismus des Menschen ausübt. So gibt es denn in der Tat kaum irgendwelche Krankheiten und Krankheitsgruppen, sagt der Geh. Med.-Rat Dr. E. Wernicke, Professor der Hygiene, die nicht bei der in schlechten Wohnungen lebenden und meist wenig bemittelten Bevölkerung in höherem Maße auftreten, als bei der in besseren Wohnungen lebenden, meist wohlhabenden Bevölkerung. Zahlreiche nach dieser Richtung hin aufgestellte Statistiken zeigen übereinstimmend in allen Städten, daß in denjenigen Straßen und Stadtteilen, in denen ungünstige Wohnungsverhältnisse vorliegen und in welchen sich die größte Zahl überbölkerter Wohnungen findet, auch die höchste Sterblichkeit vorhanden ist und umgekehrt. Daß die Tuberkulose in allererster Linie eine Wohnungskrankheit ist, haben die ersten Hygieniker aller Länder konstatiert, in Deutschland vor allem Robert Koch und Rubner. Auch die Säuglingssterblichkeit steht im engsten Zusammenhang mit der Wohnung, ferner der Alkoholismus, die Verbreitung der Syphilis und viele Hautkrankheiten.

Den Einfluß der Ernährung auf den Gesundheitszustand zeigt Professor Dr. Hirschfeld. Bei der ärmeren Bevölkerung überwiegen in der Kost die voluminösen pflanzlichen Vegetabilien, namentlich das schlecht ausnutzbare Roggenbrot und die Kartoffel. Eine derartige Kost biete in der Regel wenig Abwechslung und sei arm an Genußmitteln. Das Fleisch fehle zwar fast nie, stehe aber den ärmsten Schichten der Bevölkerung in so geringem Maße zur Verfügung, daß es als Nahrungsmittel kaum in Betracht komme. Die Nachteile dieser Kost seien ihr großer Schlackengehalt, der oft zu stärkeren Gärungsprozessen im Darm Veranlassung gebe, und das beträchtliche Volumen, das bei einer geringen Eßlust eine vollständige Deckung des Stoffbedarfs verhindern könne.

Die Einflüsse der Berufstätigkeit auf Krankheit und Sterblichkeit sind viel bedeutungsvoller, als dies gewöhnlich angenommen wird, erklärt Dr. Franz Koelsch, Landesgewerbearzt in München. Je mehr man sich mit dieser Materie vertraut mache, je mehr man sich die Mühe gebe, die einzelnen Erkrankungen und Todesfälle mit den Berufseigentümlichkeiten in Beziehung zu setzen, desto deutlicher werde sich die Erkenntnis von der beruflichen Aetiologie bezw. von der Modifizierung allgemein medizinischer Erfahrungen durch die beruflichen Eigenarten durchringen. Es sei freilich nicht die Berufstätigkeit an sich, die die Krankheiten erzeuge, sondern verschiedene damit zusammenhängende Faktoren: die soziale Lage der Berufsgruppe, das Einkommen und damit aufs innigste verknüpft die gesamte Lebensführung, Ernährung, Wohnung und Kleidung. Es kommen hinzu die übermäßige Ausnutzung der Arbeitskraft und eine Anzahl spezieller Schädlichkeiten, die aber alle durch entsprechende Betriebseinrichtungen verhindert oder in ihrer Wirksamkeit erheblich gemildert werden können.

In zwei folgenden Bänden sollen die weiteren sozialen Ursachen der Krankheiten gezeigt werden. Es wird sich daraus ergeben, daß nur wenige Krankheiten übrig bleiben, wenn wahrhaft gesunde soziale Zustände geschaffen werden. Diese Erkenntnis, sagen die Herausgeber, lege der Gesellschaft große und ernste Pflichten auf. Das Ziel sei, auch dem Armen ein hygienisch befriedigendes Dasein zu verschaffen und so die gewaltigen Unterschiede allmählich auszugleichen, die die Lebenserwartung des Reichen und des Armen trennen. Das kann aber doch nur heißen: eine Sozialpolitik zu treiben, die die soziale Gleichstellung bringt, die Armut also aufhebt, allen Menschen in gleicher Weise ein Wohlergehen, ein gesundes Leben verbürgt. Und das ist der Sozialismus!

Leben • Wissen • Kunst

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120426/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG